

# **Chronik**

**der**

***Bibliotheksschule in Frankfurt am Main***

***-Fachhochschule für Bibliothekswesen-***

**zusammengestellt**

**von**

**Franz Fischer**

**Frankfurt a.M.**

**2003**

## **Chronik der Bibliotheksschule in Frankfurt am Main -Fachhochschule für Bibliothekswesen-**

„Nur was sich ändert, bleibt!“

### **1945**

Aufnahme der theoretischen Unterweisung der Frankfurter Praktikanten des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken am Auslagerungsort der Stadt- und Universitätsbibliothek in Mitwitz (Oberfranken), weil es die Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland nicht gestatten, diese für den zweiten, theoretischen Teil des Vorbereitungsdienstes an eine der dafür vorgesehenen Ausbildungsstätten (im Wesentlichen Berlin und Leipzig) zu überweisen.

### **1946**

Der hessische Kultusminister überträgt dem Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a.M. nicht nur die Beratungsfunktion des Ministeriums in Nachwuchs- und Prüfungsangelegenheiten, sondern erteilt ihm auch im Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten des Kultusministeriums die Entscheidungsbefugnis auf diesem Gebiet.

3.10.1946: Mündliche Abschlussprüfung der ersten vier Kandidatinnen nach Rückführung der StuUB nach Frankfurt a.M.

Grundlage ist im bibliothekarisch-materiellen Teil die Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO) für den gehobenen Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken vom 28.2.1939, in Kraft getreten am 1.4.1940 ohne deren ideologische Festlegungen.

### **1947**

8.8.1947: Protokoll der Sitzung der hessischen Bibliotheksdirektoren: „alle Praktikanten“ des höheren und gehobenen (damals in Hessen noch als mittlerer Dienst bezeichnet) Bibliotheksdienstes, „die seit dem 1.10.1946 und länger in Ausbildung begriffen sind, zum 1.10.1947“ zur theoretischen Unterweisung an die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main zu überweisen.

GD: 4 Teilnehmer.

### **1952**

Aus den Ausbildungslehrgängen an der StuUB Frankfurt am Main geht aufgrund einer Kultusministerkonferenz-Vereinbarung in Königswinter, nach der die

theoretische Bibliothekarsausbildung bundeseinheitlich an Bibliotheksschulen erfolgen sollte, die Bibliotheksschule hervor.

Sie wird der Stadt- und Universitätsbibliothek angegliedert und erhält durch Magistratsbeschluss in dem stellvertretenden Direktor der StuUB nominell und „ohne finanzielle Auswirkungen“ einen Direktor.

Der Unterricht an der Bibliotheksschule findet wie schon für die vorherigen Ausbildungslehrgänge seit Rückführung der Bibliothek aus dem Auslagerungsort Mitwitz im Gebäude der ehemaligen Rothschild'schen Bibliothek am Untermainkai 14 (heute Jüdisches Museum) statt, wo die Stadt- und Universitätsbibliothek nach der Zerstörung der alten Stadtbibliothek an der Schönen Aussicht bis zum Bezug des Neubaus 1964 an der Bockenheimer Landstraße untergebracht ist.

Die Eignungsprüfung wird durch das hessische Beamtengesetz vorgeschrieben. Ein Probepraktikum muss an einer Bibliothek abgelegt werden.

Erweiterung des Einzugsbereichs der Bibliotheksschule: Von 1952 an werden auch Anwärter/innen aus Rheinland-Pfalz, bis 1962 auch aus Baden-Württemberg ausgebildet.

1952 – 1967 wird der höhere Dienst aus Hessen nach Absolvierung des Praktikums an das 1949 gegründete Bibliothekar-Lehrinstitut in Köln zur theoretischen Unterweisung überwiesen.

Bis 1952 hat die Stadt Frankfurt am Main die Personal- und Sachkosten für die theoretischen Ausbildungslehrgänge getragen, ab 1952 nur noch die Personalkosten. Das Land Hessen übernimmt nunmehr die Sachkosten.

GD: 11 Teilnehmer

## 1959

Beim gehobenen Dienst wird die Ausbildungsdauer auf zweieinhalb Jahre erhöht (eineinviertel Jahre Praktikum und eineinviertel Jahre Theorie).

Es sind mehr als 20 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 27 Teilnehmer

## 1963

Änderung der APO des gehobenen Bibliotheksdienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Ausbildungsdauer wird geändert: eineinhalb Jahre Praktikum und ein Jahr Theorie. Die Hochschulreife wird als Bildungsabschluss vorgeschrieben.

Es sind 24 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 40 Teilnehmer

## 1964

11.3.1964: APO für die Anwärter des gehobenen Dienstes.

Die Ausbildungszeit wird wie folgt geändert: 21 Monate Praktikum und 15 Monate Theorie (3 Jahre).

Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek an der Bockenheimer Landstraße 134-138 in unmittelbarer Universitätsnähe: Die Bibliotheksschule erhält 250 Quadratmeter im Tiefgeschoss (einen Unterrichtsraum, einen Raum für die Handbibliothek, einen Raum für den Leiter und einen Arbeitsraum).

GD: 44 Teilnehmer

## 1967

Nach dem § 21 Abs. 2 des Universitätsübernahmevertrags vom 24.7.1967 „bleiben der Hessische Zentralkatalog und die Bibliotheksschule als Auftragsangelegenheit“ des Landes Hessen bei der Stadt Frankfurt am Main. Die Bibliotheksschule ist der Stadt- und Universitätsbibliothek zugewiesen und ihr organisatorisch eingegliedert. Das Land Hessen verpflichtet sich gleichzeitig, alle Kosten der Bibliotheksschule zu übernehmen.

Der Universitätsübernahmevertrag hat damit weiter rechtliche, finanzielle und organisatorische Klarheit geschaffen für diese, aufgrund pragmatischer Entscheidungen und Weichenstellungen ohne förmlichen Errichtungserlass entstandene, in den Anfangsjahren „zwar faktisch existente, aber rechtlich nicht greifbare“ (Hildebert Kirchner) Bibliotheksschule, die zudem durch die Aufnahme außerhessischer Anwärter und die sukzessive Ausbildung aller Laufbahngruppen (GD, HD, MD) zunehmend überregionale Bedeutung gewonnen hat.

Gleichzeitig schreibt aber der Universitätsübernahmevertrag die bis zuletzt andauernde singuläre Rechts-, Status- und Organisationsminderstellung der Bibliotheksschule gegenüber anderen bibliothekarischen Ausbildungsstätten und später den Fachhochschulen einer als Abteilung einer Stadt- und Universitätsbibliothek geführten Auftragsangelegenheit des Landes bei einer Kommune fest.

1967 erweitert das Kultusministerium die Bibliotheksschule um eine Abteilung höherer Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

1.10.1967: APO für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

GD: 43 Teilnehmer

HD 1968: 7 Teilnehmer

## 1971

15.6.1971: Änderung des Universitätsübernahmevertrags mit Änderung der Finanzierung der Bibliotheksschule.

Die Personalkosten trägt das Land. An den übrigen Kosten beteiligen sich je zur Hälfte die Stadt Frankfurt und das Land Hessen.

Beim gehobenen Dienst wird der Einführungskurs eingeführt.

Es sind 2 hauptamtliche und 40 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD 1970: 44 Teilnehmer

HD: 18 Teilnehmer

## **1972**

1.10.1972: APO für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.  
Der Vorbereitungsdienst dauert eineinhalb Jahre.

6.12.1972: APO für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken. Die zu behandelnden Unterrichtsthemen werden festgelegt.

Es sind 2 hauptamtliche und 50 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 36 Teilnehmer

HD: 11 Teilnehmer

## **1973**

2.1.1973: Beginn des ersten Kurses für den mittleren Bibliotheksdienst an der Bibliotheksschule. Grundlage ist die APO vom 1.10.1972.

GD: 39 Teilnehmer

HD: 21 Teilnehmer

MD: 5 Teilnehmer

## **1975**

Beginn der Fortbildungsveranstaltungen an der Bibliotheksschule.

Zum ersten Mal wird ein gedrucktes Ausbildungsprogramm erstellt. Ende 1975 erscheint das erste Heft der „Studienhefte der Bibliotheksschule“ von Helmut Bickelhaupt: Bibliotheksrecht.

GD: 40 Teilnehmer

HD: 12 Teilnehmer

MD: 10 Teilnehmer

## **1976**

Änderung der APO für den gehobenen Bibliotheksdienst. Die Anwärter erhalten zusätzlich eine Unterweisung in einem Wissenschaftsfach (Wahlpflichtfach).

Das zweite Beamtenrechtsrahmengesetz schreibt vor, dass die Ausbildung des gehobenen Dienstes ab 1980 in einem Fachhochschulstudiengang erfolgen soll.

GD: 48 Teilnehmer

HD: 17 Teilnehmer

MD: 8 Teilnehmer

## 1979

12.6.1979: Verabschiedung des hessischen Verwaltungsfachhochschulgesetzes.

Nach § 1 Abs. 5 des HessVerwFHG erhält die Bibliotheksschule für den Fachstudiengang des gehobenen Dienstes die Aufgaben einer Verwaltungsfachhochschule übertragen; insoweit trägt sie die Bezeichnung Bibliotheksschule in Frankfurt am Main – Fachhochschule für Bibliothekswesen - .

Infolge lediglich der Aufgabenzuweisung einer Verwaltungsfachhochschule an die Bibliotheksschule stellt „sich diese nicht als Fachhochschule dar, sondern fungiert nur als solche“ (Hildebert Kirchner). Daraus ergibt sich wiederum als Folge, dass die Vorschriften des hess. Verwaltungsfachhochschulgesetzes nicht voll zur Anwendung kommen können, sondern nur „unter Berücksichtigung der Eigenart“ dieser Fachrichtung, bestimmte Einzelregelungen sind „sinngemäß“ bzw. „unter Beachtung der Anforderungen“ der entsprechenden Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes (§ 1 Abs. 5 HessVerwFHG) anzuwenden.

Die Satzung der Bibliotheksschule Frankfurt a. M. vom 5.3.1981:

Die auf der Basis und in Konkretisierung des HessVerwFHG am 18.12.1980 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt beschlossene und vom Hess. Kultusminister am 05.03.1981 genehmigte Satzung der Bibliotheksschule legt denn auch in § 1 die Rechtsstellung der Bibliotheksschule dahingehend fest, dass diese als nichtrechtsfähige Einrichtung der Stadt Frankfurt am Main der Stadt- und Universitätsbibliothek angegliedert ist und sie ihre Aufgaben im Auftrag des Landes Hessen gemäß Universitätsübernahmevertrag von 1967 erfüllt.

Aufgabe der Bibliotheksschule ist es nach § 2 dieser Satzung, Beamtenanwärter für den höheren, gehobenen und mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken auszubilden, wobei – wie gesagt – die Ausbildung der Beamtenanwärter des gehobenen Dienstes in einem Fachhochschulstudiengang gemäß § 2 HessVerwFHG erfolgt.

Darüber hinaus hat die Bibliotheksschule satzungsgemäß die Aufgabe, Fortbildungsveranstaltungen für alle Mitarbeiter in den Bibliotheken durchzuführen.

Als Organe der Bibliotheksschule, soweit sie die Aufgaben einer Fachhochschule erfüllt, fungieren laut Satzung

- der Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek, der zugleich Direktor der Bibliotheksschule in Frankfurt ist und dessen Aufgaben, insoweit die Bibliotheksschule die Aufgabe einer Fachhochschule erfüllt, sich aus § 7 HessVerwFHG (Aufgaben des Rektors) ergeben,
- der hochschulgemäß drittelparitätisch besetzte und durch Wahl demokratisch

legitimierte Fachhochschulrat für den Studiengang des gehobenen Dienstes und

- der Beirat der Bibliotheksschule, der in allen wichtigen und grundsätzlichen Angelegenheiten zu hören ist und sich zusammensetzt aus einem Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, dem für Bibliotheksangelegenheiten zuständigen Referenten des HMWK, je einem Vertreter der an die Bibliotheksschule abordnenden Dienstherrn und dem jeweiligen Vorsitzenden der Konferenz der Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken in Hessen.

Das HessVerwFHG hat der bundesrechtlichen Vorgabe (siehe oben Beamtenrechtsrahmengesetz von 1976) Rechnung getragen, nach welcher der gesamte gehobene nichttechnische Verwaltungsdienst ab 1. Januar 1980 bundeseinheitlich verbindlich auf Fachhochschulebene auszubilden war.

Gleichzeitig hat das HessVerwFHG die bereits im Universitätsübernahmevertrag von 1967 sich abzeichnende Sonderstellung und Ausnahmesituation der Bibliotheksschule hinsichtlich Rechtsstellung, Status und Organisationsstruktur fort- und weiter festgeschrieben: einer als Abteilung einer städtischen Bibliothek geführten Auftragsangelegenheit des Landes mit Mehrfachfunktionen in der Ausbildung für drei Laufbahngruppen mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus (MD, GD, HD) und der zusätzlichen Fortbildung für alle Mitarbeiter in den Bibliotheken.

An weiteren Aufgaben haben die hauptamtlichen Lehrkräfte der Bibliotheksschule neben der Lehre die Verpflichtung zur anteiligen Mitarbeit in der Stadt- und Universitätsbibliothek mit einem Drittel ihrer Arbeitszeit (sog. Bibliotheksdrittel) mit dem Argument des Erhalts des Praxisbezugs der Ausbildung zu erfüllen, die man als als besonderes profilbildendes Merkmal für sich reklamiert.

Desgleichen verbleiben die Stelleneinstufungen der hauptamtlichen Lehrkräfte trotz Übertragung der im Verwaltungsfachhochschulgesetz getroffenen Regelungen zu den Einstellungsvoraussetzungen und der Höhe des Lehrdeputats für hauptamtliche Fachhochschullehrer sowie der Verleihung des Diplomgrads als Hochschulgrad (seit Änderung des HessVerwFHG vom 11.7.1985) und der zusätzlichen postuniversitären Referendarausbildung auch nach der Einführung der Fachhochschulstudiengänge in ihren bisherigen Besoldungsgruppen. Sie sind damit deutlich niedriger bewertet als bei Vergleichseinrichtungen mit ähnlicher Zielsetzung.

Studienreformen und die zahlreichen laufenden Anpassungen der Lehrpläne, Lehrgebiete, Lehrinhalte und Lehrveranstaltungsformen, die den durch die technischen Entwicklungen bedingten Veränderungen des Berufsfeldes gerecht werden wollen, sind daher nur innerhalb des rechtlichen und organisatorischen Status der Bibliotheksschule und den Rahmenbedingungen verwaltungsinterner Beamtenanwärterausbildung möglich.

Hier führen die komplizierte Rechtskonstruktion und Organisationsstruktur der Bibliotheksschule zwischen Stadt Frankfurt a.M. und Land Hessen, die Mitwirkung externer Gremien und die Bindungen aus Verwaltungsabkommen mit anderen Bundesländern bei einer überregionalen und verwaltungsinternen Beamtenanwärterausbildung für drei Laufbahngruppen zu unterschiedlichsten Abhängigkeiten und Einwirkungsmöglichkeiten sowie zu einem hohen Koordinierungs-, Abstimmungs- und Verwaltungsaufwand mit der systemimmanenten Gefahr eines

strukturbedingten Immobilismus und teilweise langjährigen Genehmigungsverfahren, insbesondere im Falle von Normenänderungen (verschiedentlich 5 bis 6 Jahre Dauer bis zum Erlass einer Neuregelung, z.B. einer APO).

Die durch Verwaltungsfachhochschulgesetz und Satzung festgelegte Aufgabe der Bibliotheksschule, Beamtenanwärter für den Berufseinsatz an wissenschaftlichen Bibliotheken auszubilden, trägt zu einer Institutionenorientierung der Ausbildung bei mit der Dominanz der Vermittlung von bestimmten, unmittelbar anwendbaren Berufsfertigkeiten für diesen Bibliothekstyp unter Hintanstellung einer stärker funktionenorientierten Ausbildung mit der Vermittlung der Berufsfähigkeit für breitere Einsatzfelder.

Ähnlich steht ein u.a. in der Verpflichtung der hauptamtlichen Lehrkräfte zur anteiligen Mitarbeit in der Bibliothek erkennbares und von den öffentlichen Dienstherren in der Regel durchaus geschätztes schulisch-reproduzierendes Praxisbezugsverständnis im Verein mit den sonstigen Rahmenbedingungen einer Beamtenanwärterausbildung, den langen Langzeitpraktika, den fehlenden schriftlichen Diplomarbeiten und anderen, nicht gerade die Selbstständigkeit und Eigeninitiative fördernden beamtenmäßigen Hochschulbedingungen im Widerstreit zu einem fachhochschulgemäß die Praxis reflektierenden innovativen Praxisbezugsverständnis.

Zu der durch den einsetzenden raschen Technologiewandel forcierten Integration oder wenigstens Möglichkeit der Verzahnung der Ausbildung der Informationsberufe hat das HessVerwFHG durch die Beibehaltung des isolierten Nebeneinanders relativ kleiner Ausbildungseinrichtungen in Hessen auch nicht beizutragen vermocht. Weder wurden die bibliothekarische (Bibliotheksschule in Frankfurt a.M.) – wie auch die archivarische (Archivschule Marburg) - Ausbildungsstätte der Nachwuchskräfte des gehobenen Dienstes in eine Verwaltungsfachhochschule oder in eine allgemeine Fachhochschule integriert, noch hat man die geplante Absicht der Bildung eines Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen innerhalb der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden verwirklicht.

1979 sind 4 hauptamtliche und 50 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 46 Teilnehmer

HD: 12 Teilnehmer

MD: 5 Teilnehmer

## 1980

1.3.1980: APO für den mittleren Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Die Zulassungsvoraussetzungen werden geändert:

- Realschulabschluss oder Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung werden vorausgesetzt
- Höchstalter der Bewerber wird auf 35 Jahre festgesetzt
- Änderung der Bezeichnung von Bibliothekssekretäranwärter in Assistentenanwärter.



1.1.1980: Die Ausbildung des gehobenen Dienstes erfolgt nun im Rahmen eines Fachhochschulstudiengangs.

GD: 36 Teilnehmer  
 HD: 9 Teilnehmer  
 MD: 6 Teilnehmer

## 1981

5.3.1981: Die Satzung der Bibliotheksschule – Fachhochschule für Bibliothekswesen –, die am 18.12.1980 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, wird vom Hessischen Kultusminister genehmigt (Näheres oben unter 1979).

11.9.1981: Umzug der Bibliotheksschule aus den Tiefgeschossräumen der Stadt- und Universitätsbibliothek an den Standort Wiesenau 1 mit 730 Quadratmetern Raum als Folge des Übergangs zur Fachhochschulausbildung und der Verlängerung der GD-Studienzeiten auf 2200 Stunden.

Der Fachhochschulrat wird erstmals gewählt.

GD: 34 Teilnehmer  
 HD: 9 Teilnehmer  
 MD: 6 Teilnehmer

## 1982

23.8.1982: APO für den gehobenen Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Die Zulassungsvoraussetzungen haben sich geändert:

Die Bewerber müssen zwischen 18 und 35 Jahre alt sein. Bei Bewerbern aus dem öffentlichen Dienst können diese Altersbeschränkungen außer Kraft gesetzt werden.

Die Anwärter/innen müssen Arbeitsberichte in den jeweiligen Fachabteilungen im Praktikum verfassen.

Die Dauer der mündlichen Prüfung wird von 30 auf 45 Minuten erhöht.

Beim mittleren Dienst nehmen nun auch Teilnehmer aus Rheinland-Pfalz teil.

Das EDV-Labor erreicht seine vorläufige Ausbaustufe. Beginn des laborgestützten EDV-Unterrichts.

GD: 32 Teilnehmer  
 HD: 11 Teilnehmer  
 MD: 12 Teilnehmer

## 1985

11.7.1985: Der Hessische Landtag beschließt die Nachdiplomierungsregelung.

Auf der ersten Hessischen Bibliothekswoche ist die Bibliotheksschule mit einer eigenen Veranstaltung vertreten: „Neue Medien für Bibliotheken“.

Es sind 5 hauptamtliche und 31 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 33 Teilnehmer  
HD: 6 Teilnehmer  
MD: 16 Teilnehmer

## 1986

28.8.1986: APO für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Die Zulassungsvoraussetzungen haben sich geändert:

Bewerber/innen mit in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern unter 16 Jahren können bis zum Höchstalter von 38 Lebensjahren eingestellt werden.

Für den gehobenen Dienst wird eine Revision des Curriculums erarbeitet.

GD: 29 Teilnehmer  
HD: 3 Teilnehmer  
MD: 14 Teilnehmer

## 1989

1.9.1989: APO für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken.

- Bewerber mit in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern können bis zu einem Höchstalter von 38 Lebensjahren eingestellt werden.
- Die Ernennung erfolgt zum 1.9. eines jeden Jahres.
- Der Vorbereitungsdienst dauert 2 Jahre (18 Monate Praktikum und 6 Monate Theorie).

Es sind 5 hauptamtliche und 30 nebenamtliche Dozenten beschäftigt.

GD: 30 Teilnehmer  
HD: 5 Teilnehmer  
MD: 14 Teilnehmer

## 1990

Beim höheren Dienst nehmen nun auch Referendare aus Berlin und Schleswig-Holstein teil. Beim gehobenen Dienst ist das Saarland hinzugetreten.

Die hessische Bibliotheksdirektorenkonferenz beschließt, dass Studienfahrten mit ausschließlich Auslandszielen nicht mehr veranstaltet werden sollen. Auch Auslandspraktika anstelle des kleinen Praktikums sind nicht mehr erlaubt.

Zwei neue hauptamtliche Dozentenstellen werden bewilligt.

GD: 27 Teilnehmer  
HD: 7 Teilnehmer  
MD: 17 Teilnehmer

## 1991

31.3.1991: APO für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken:

- Die berufspraktische Ausbildung wird geregelt. Die Ausbildungsstationen werden mit Angabe der Wochenzahl genannt.

Im gehobenen Dienst wird eine Kursteilung angestrebt.

Die Lehrinhalte des höheren Dienstes werden zum ersten Mal dokumentiert.

GD: 30 Teilnehmer  
HD: 17 Teilnehmer  
MD: 13 Teilnehmer

## 1992

17.6.1992: Die CDU-Fraktion des Hessischen Landtags (Abg. Lenz u.a.) stellt einen Berichtsantrag „betreffend die Bibliotheksschule in Frankfurt a.M. – Fachhochschule für Bibliothekswesen – „.

Für den gehobenen Dienst wird ein Studienreformmodell erarbeitet. Von den Bibliotheken wird es abgelehnt. Der Fachhochschulrat hat zugestimmt.

Der gehobene Dienst wird ab Fachstudienabschnitt II in zwei Kurse aufgeteilt.

Der höhere Dienst wird auf das Blockmodell umgestellt.

Die Stadt Frankfurt am Main überlässt zur Behebung der Raumnot der Bibliotheksschule Büroräume in der Größe von ca. 580 qm zur Nutzung im Hochhaus am Grüneburgweg, die allerdings vom Standort der Bibliotheksschule Wiesenau 1 ca. 800 Meter entfernt sind.

Es sind 7 hauptamtliche Lehrkräfte und 28 Lehrbeauftragte beschäftigt.

GD: 36 Teilnehmer  
HD: 13 Teilnehmer  
MD: 14 Teilnehmer

## 1993

17.5.1993: Die Hessische Landesregierung nimmt in Beantwortung des Berichtsantrags der CDU-Fraktion (Abg. Lenz u.a.) vom 17.6.1992 Stellung zu strukturellen Fragen der Bibliotheksschule in Frankfurt a.M. – Fachhochschule für Bibliothekswesen - :

Grundtenor der in den Vorbemerkungen ausgesprochen historisch rückwärts gewandten und insgesamt am Status quo orientierten Antwort ist, die bisherige Struktur und Konzeption der Frankfurter Beamtenanwärterausbildung habe sich bewährt:

- Ihre Absolventen und auch die Fortbildungsveranstaltungen würden von den bibliothekarischen Arbeitgebern gut angenommen.
- Die Verbesserung der gegenüber Vergleichseinrichtungen tatsächlich niedrigeren Besoldungseinstufungen der hauptamtlichen Lehrkräfte der Bibliotheksschule hänge von der Haushaltssituation des Landes Hessen ab.
- Die Übernahme von Tätigkeiten der hauptamtlichen Lehrkräfte der Bibliotheksschule in der Stadt- und Universitätsbibliothek sei eine Folge des Praxisbezugs der Ausbildung und ihrer dienstrechtlichen Einbindung in diese Bibliothek.
- Für die Beibehaltung der kontrovers diskutierten und in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich entschiedenen verwaltungsinternen Ausbildung des gehobenen Dienstes hätten sich auch die Konferenz der Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken in Hessen und der Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz ausgesprochen.
- Hinsichtlich der Integration der Ausbildung der Informationsberufe ABD (Archiv, Bibliothek, Information und Dokumentation) sei ein eindeutiger Trend noch nicht erkennbar. Im Übrigen setze man bei der Integration auf das Prinzip der Freiwilligkeit.

GD: 33 Teilnehmer

HD: 13 Teilnehmer

MD: 9 Teilnehmer

## 1994

Umzug der Bibliotheksschule von der Wiesenau 1 ins Solmshaus in der Ohmstraße 48 auf knapp 1400 Quadratmetern Grundfläche mit 6 Unterrichtsräumen, 5 EDV-Räumen, 10 Personalräumen sowie weiteren Funktionsräumen. Neuinstallation des Novellnetzes der Schule mit 22 PCs und 2 Servern.

Die Werbung für eine Studienreform verläuft ergebnislos.

Das Fortbildungsangebot der Bibliotheksschule erfolgt nun gegen Gebühren.

Es sind 7 hauptamtliche Lehrkräfte und 29 Lehrbeauftragte beschäftigt.

GD: 37 Teilnehmer

HD: 22 Teilnehmer

MD: 6 Teilnehmer

## 1995

Keine zwei Jahre nach der strukturkonservativen Antwort des HMWK auf den Berichtsantrag der CDU (Abg. Lenz u.a.) im Jahre 1993 Empfehlung der

Hochschulstrukturkommission des Landes Hessen für die Abkehr von der verwaltungsinternen Ausbildung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und zur Zusammenführung der Archivschule (Marburg) und der Bibliotheksschule (Frankfurt) mit dem Fachbereich Information und Dokumentation der Fachhochschule Darmstadt.

Mit der Begründung, dass die technische Entwicklung zu einer Dekonstruktion der bisherigen Berufsfelder und ihrer Neukonstituierung auf informationstechnischer Grundlage geführt habe, geht die Hochschulstrukturkommission konform mit dem technologisch wie inhaltlich erkennbaren bundesweiten Trend zur Integration und Externalisierung der Ausbildung der Informationsberufe.

Weiter merkt die Hochschulstrukturkommission in einer Fußnote an: „Die Ausbildung von Bibliotheksreferendaren an der Bibliotheksschule dürfte kein Hindernis für eine Integration in eine allgemeine FH darstellen, falls sie überhaupt im bisherigen Sinne fortgeführt wird.“

Unausgesprochen stehen die Empfehlungen der Hessischen Hochschulstrukturkommission aber auch in der Kontinuität einer die interne Verwaltungsfachhochschulausbildung von Anfang an begleitenden grundsätzlichen Kritik vor allem aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich:

- Die Studiengänge der Verwaltungsfachhochschulen seien auf ein zu eng begrenztes Berufsfeld ausgerichtet.
- Die Studiengänge seien zu verschult. Die Studierenden hätten nur in geringem Umfang Wahlmöglichkeiten.
- Die Zahl der nebenamtlichen Dozenten und der Dozenten, die nur eine begrenzte Zeit an einer Verwaltungsfachhochschule tätig sind, sei im Vergleich zu externen Fachhochschulen zu hoch.
- Die Verwaltungsfachhochschulen, die der Fach- und Rechtsaufsicht unterliegen und in dem unaufhebbaren Widerspruch ihrer Existenz zwischen Hochschulrecht und -autonomie und Beamtenrecht agieren, seien ein Fremdkörper in der Hochschullandschaft.

Auf der anderen Seite beginnt jetzt zunehmend auch die politische Ebene aus unterschiedlichen Gründen die verwaltungsinterne Ausbildung, die Verwaltungsfachhochschulen und das Beamtentum kritisch zur Disposition zu stellen, soweit diese nicht der Erfüllung unmittelbarer staatlicher Hoheitsaufgaben (z.B. Polizei, Justiz, Finanzen) dienen.

Hier lassen sich aber als Folge der durch den Technologiewandel forcierten Konvergenz- und Divergenztendenzen der Informationsberufe die historisch vorrangig für die Sammlung und Verwaltung von Printmedien in wissenschaftlichen Bibliotheken entstandenen tradierten beamteten Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse in Form einer Hoheitsverwaltung von Informationen, auf die man in einer Zeit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie jetzt weltweit und ubiquitär zugreifen kann, erst recht nicht länger rechtfertigen.

Nach dem 1995 erfolgten Abgehen von der verwaltungsinternen WB-Ausbildungsform in Baden-Württemberg und der zeitgleich von einer Expertenkommission in Nordrhein-Westfalen empfohlenen Externalisierung der Ausbildung für den gehobenen Dienst an WB und der Integration der bibliotheks-informatorischen Ausbildungsgänge betreiben dann lediglich noch die Länder Bayern und Hessen

einschließlich der mit Verwaltungsabkommen daran beteiligten Dienstherrn eine verwaltungsinterne GD-WB-Ausbildung,

GD: 39 Teilnehmer  
 HD: 13 Teilnehmer  
 MD: 10 Teilnehmer

## 1996

Abschluss eines Verwaltungsabkommens mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz über die Abordnung des MD an die Bibliotheksschule in Frankfurt a.M.

Vergabe eines Prüfauftrags aufgrund des Berichts der Hessischen Hochschulstrukturkommission von 1995, der unter Federführung des HMI und unter Beteiligung der Ressorts Finanzen und HMWK klären soll, unter welchen Rahmenbedingungen die verwaltungsinternen Studiengänge der hessischen Verwaltungsfachhochschulen künftig ausgestaltet werden sollen und ob eine Überführung der verwaltungsinternen Fachhochschulstudiengänge des GD auf externe Fachhochschulen erfolgen kann.

Es sind 6 hauptamtliche Lehrkräfte, 4 Stellen für Verwaltung, Bibliothek und Labore sowie 29 Lehrbeauftragte vorhanden.

GD: 38 Teilnehmer  
 HD: 16 Teilnehmer  
 MD: 15 Teilnehmer

## 1998

10.5.1998: Eröffnungsrede und Pressemitteilung der Hessischen Wissenschaftsministerin auf dem Hessischen Bibliothekstag in Darmstadt, „die Bibliotheksschule Frankfurt möglichst bald mit dem Fachbereich Information und Dokumentation der Fachhochschule Darmstadt zusammenzuführen“. Ein gemeinsames Grundstudium ermögliche eine weitergehende Qualifizierung im Hauptstudium.

Nach bereits früheren Sondierungsgesprächen der Leitung der Bibliotheksschule mit den Rektoren der Fachhochschulen in Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden über deren Bezugsnähe zu einem eventuellen bibliothekarischen Studiengang Aufnahme von Beratungen zwischen dem Beirat der Bibliotheksschule und dem IuD-Fachbereich der FH Darmstadt mit folgenden Ergebnissen:

1. Die Ausbildung des MD wird 1999 zum letzten Mal beginnen und läuft 2001 aus. Die Deckung des Ersatzbedarfs erfolgt aus dem Potenzial der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (FAMI).
2. Für die Anwärter des GD bleiben die Einstellungstermine 1999 und 2000 bestehen. Nach weiteren internen Klärungen über die Integrierbarkeit eines auf Bibliotheken ausgerichteten Studiengangs in die bestehende Studienstruktur an der Fachhochschule Darmstadt Beendigung der verwaltungsinternen Bibliothekarsausbildung im Jahr 2003.
3. Für zukünftige HD-Ausbildung besteht noch Beratungsbedarf. Eine singuläre Weiterführung dieser Ausbildung in der jetzigen Größenordnung kommt nicht in Betracht, jedoch liegt eine konsensfähige Lösung auch nicht vor.

GD: 26 Teilnehmer  
 HD: 20 Teilnehmer  
 MD: 13 Teilnehmer

## 1999

**26. März 1999: Unterzeichnung des „Kulturvertrags“ zwischen der Stadt Frankfurt am Main und dem Land Hessen nach mehrjährigen Verhandlungen.**

Der Kulturvertrag löst den Universitätsübernahmevertrag von 1967 ab. In dieser als „Kulturvertrag“ bezeichneten Vereinbarung wird die Stadt Frankfurt von allen Verpflichtungen freigestellt, die ihr noch als ehemalige Trägerin der J.W.Goethe-Universität auferlegt waren (insbesondere Kostenbeteiligung am Universitätsklinikum).

Im Gegenzug verzichtet die Stadt auf alle noch bestehenden Rechtsansprüche, insbesondere handelt es sich hier um das sogenannte Heimfallrecht, also den Anspruch, bestimmte Grundstücke der Universität – praktisch handelt es sich um das Gros des Universitätsgeländes – automatisch wieder zu bekommen, sobald die Hochschule sie eines Tages nicht mehr nutzen sollte.

Massiv betroffen von dem Kulturvertrag ist die Stadt- und Universitätsbibliothek, die nach dem Universitätsübernahmevertrag von 1967 als bundesweit einzige Universitätsbibliothek in städtischer Trägerschaft geblieben war, für deren Kosten die Kommune und das Land gemeinsam aufkamen.

Ab 1. Januar 2005 geht aufgrund des Kulturvertrags, abgesehen von finanziellen Aspekten, im Wesentlichen als Folge der Funktionsverschiebung von der städtischen zur universitären Literaturversorgung seit Gründung der Stiftungsuniversität im Jahre 1914 die Stadt- und Universitätsbibliothek in die Trägerschaft, Finanzverantwortung und den Zuständigkeitsbereich des Landes Hessen über und wird zu diesem Zeitpunkt personell, organisatorisch und finanziell in die Goethe-Universität eingegliedert.

Die Bibliotheksschule als Teil der Bibliothek und Auftragsangelegenheit des Landes wird im Kulturvertrag nicht eigens erwähnt.

Für sie ergeben sich allerdings aus der bereits 1998 erkennbaren politischen Entscheidung der Landesregierung weitreichende Konsequenzen, im Bibliotheksbereich zukünftig keine verwaltungsinternen Ausbildungsgänge mehr anzubieten und den Betrieb der Bibliotheksschule im September 2003 einzustellen.

Der Transfer der verwaltungsinternen zur verwaltungsexternen GD-Fachhochschulausbildung sowie von Personal bzw. Lehrkapazitäten der Bibliotheksschule zur FH Darmstadt und die künftige Form und der Ort der HD-Ausbildung sind daher in der Folge wiederholt Gegenstand von Verhandlungen, mit besonders bei Personal und HD-Ausbildung teilweise durchaus wechselnden, im Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess sich sozusagen evolutionär entwickelnden Vorstellungen über deren Konkretisierung.

Kündigung des Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken im Hinblick auf die letztmaligen Einstellungen für

diese Ausbildungsebene im Jahre 2000 und den Abschluss der Ausbildung mit der mündlichen Laufbahnprüfung im September 2003.

Unter Einbeziehung des HMWK Beginn der Beratungen der Bibliotheksschule und des Fachbereichs Information und Dokumentation der FH Darmstadt über eine Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Informations- und Wissensmanagement, der im Rahmen einer integrierten Konzeption einen Studienschwerpunkt Bibliothek enthält. Das Studienangebot soll ab Wintersemester 2000/2001 eröffnet werden.

Die Personalbedarfsdeckung für die Umstrukturierung der bibliothekarischen Ausbildung und den Schwerpunkt Bibliothek an der Fachhochschule Darmstadt soll aus 5 Professorenstellen und 2,5 Stellen des Mittelbaus bestehen, wobei der Bedarf schrittweise entsteht. Laut HMWK-Pressemitteilung vom 7.5.1999 ist auch daran gedacht, Lehrpersonal von der Bibliotheksschule an die Fachhochschule Darmstadt zu versetzen.

Die Ausbildung für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken wird unter folgenden vier Voraussetzungen gesehen:

1. Eine weitere Ausbildung des HD an der Bibliotheksschule kommt über die Restlaufzeit hinaus nicht in Betracht.
2. Der Bedarf für die Ausbildung von Bibliotheksreferendaren bei den Ländern (ohne Bayern) beträgt ca. 30 pro Jahr.
3. Erfahrungen mit einer verwaltungsexternen Form der Qualifizierung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst bestehen derzeit noch nicht (Nordrhein-Westfalen) bzw. sind nicht ohne weiteres übertragbar (Berlin).
4. Bei einem Wegfall der Bibliotheksschule in Frankfurt reduziert sich die Ausbildungsmöglichkeit für Referendare bundesweit zurzeit auf Bayern.

Im Vordergrund steht eine Anbindungslösung der Ausbildung für den höheren Bibliotheksdienst an die Fachhochschule Darmstadt und die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme.

GD: 34 Teilnehmer

HD: 14 Teilnehmer

MD: 18 Teilnehmer

## 2000

Fixierung der Inhalte der künftigen Ausbildung im externen Fachhochschulstudiengang und während der theoretischen Teile des Vorbereitungsdienstes der Bibliotheksreferendare durch zwei Arbeitsgruppen der Bibliotheksschule unter Mitwirkung des VDB und des Fachbereichs Informations- und Wissensmanagement der FH Darmstadt.

Im Zuge des beabsichtigten sukzessiven Lehrkapazitäten-, Personal – und Stellentransfers von Angehörigen der Bibliotheksschule an die FH Darmstadt entsprechend dem Abbau der Lehrverpflichtungen an der Bibliotheksschule erste Übernahmen von Lehraufträgen zum WS 2000/01 im neuen IuW-Studiengang mit einem Schwerpunkt Bibliothek und neuer Studien- und Prüfungsordnung in



reformierter Form an der Fachhochschule Darmstadt durch hauptamtliches Lehrpersonal der Bibliotheksschule Frankfurt a.M.

Beim höheren Bibliotheksdienst herrscht im Einklang mit anderen Bundesländern Konsens über Beibehaltung des im Beamtenverhältnis durchgeführten Vorbereitungsdienstes. Die Fortführung dieser Ausbildung an der FH Darmstadt ist allerdings offen und abhängig von einem Mindestschwellenwert von Ausbildungsteilnehmern.

**HMWK – FH Darmstadt – Stadt Frankfurt – Sachstand der Personallösung:**

Der Fachhochschule Darmstadt werden fünf Professorenstellen und drei Stellen für Verwaltungspersonal zur Verfügung gestellt, die aus dem Stellenpotenzial der Bibliotheksschule genommen werden. Die Besetzung der Stellen, die zum Teil mit den derzeitigen Stelleninhabern erfolgen soll, wird stufenweise jeweils zum Wintersemester in den Jahren 2002 und 2003 vorgenommen werden. Die an der Überleitung nicht beteiligten Angehörigen der Bibliotheksschule wechseln auf Planstellen der Stadt- und Universitätsbibliothek bzw. auf kw-Stellen aus dem Potenzial der Bibliotheksschule.

Es sind 7 hauptamtliche Lehrkräfte, 4 Stellen Verwaltung, Bibliothek und Labore sowie 29 Lehrbeauftragte vorhanden.

GD: 38 Teilnehmer

HD: 12 Teilnehmer

MD: 12 Teilnehmer

## 2001

Letztmalige Durchführung und Abschlussprüfung der theoretischen Ausbildung des mittleren Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken. Der ihn ersetzende Lehrberuf „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“ ist bereits mit der 3. Jahrgangsstufe in Routine.

13.6.2001: HMWK-Erlass über die Entkoppelung der Stellen der Bibliotheksschule in Frankfurt a.M. aus beamten- und hochschulrechtlichen Gründen, konkret in Einzelfällen auch aus Altersgründen von den im Hinblick auf die Fortführung der bibliothekarischen Ausbildung an der FH Darmstadt stufenweise bis 2004 neu einzurichtenden 5 Professorenstellen (drei C 3, zwei C 2).

Drei, nach der Ruhestandsversetzung zweier hauptamtlicher Lehrkräfte der Bibliotheksschule in 2004 bei der Stadt Frankfurt a.M. nach 2005 verbleibende und über den Bedarf der StuUB hinausgehende Dozentenstellen sind ggf. durch personallenkende Maßnahmen frei zu setzen bzw. erhalten mit dem Übergang zur Universität einen kw-Vermerk.

Gleichzeitig werden ab WS 2001/02 zwei hauptamtliche Lehrkräfte der Bibliotheksschule zur anteiligen Übernahme von Lehrtätigkeiten an der FH Darmstadt freigestellt, wobei für eine Lehrkraft über ein normales Berufungsverfahren ein Übergang auf eine Professorenstelle nach Darmstadt angestrebt und 2002 auch tatsächlich realisiert wird.

Der Plan Fortführung der HD-Ausbildung an der Fachhochschule Darmstadt im Rahmen eines Bibliotheksreferendariats scheitert, weil die vom HMWK verlangte Mindestteilnehmerzahl von 15 Referendaren nicht zustande kommt. Die Planungen des Landes Hessen zur Weiterführung dieser Qualifizierung richten sich nunmehr auf ein Kooperations- bzw. Integrationsmodell, das praktische und theoretische Teile umfassen soll.

Es sind 7 Stellen hauptamtliches Lehrpersonal, 4 Stellen Verwaltung, Bibliothek und Labore sowie 29 Lehrbeauftragte vorhanden.

GD: 23 Teilnehmer  
HD 13 Teilnehmer  
MD 17 Teilnehmer

## 2002

Beim höheren Dienst 2002/03 nehmen erstmals und einmalig Referendare/innen aus Niedersachsen teil.

HD-Ausbildung in Hessen: Entscheidung zur Ablösung der bisherigen additiven Form von einem Jahr Praktikum und einem anschließenden Jahr Theorie zugunsten eines künftigen Integrationsmodells der zweijährigen Referendarausbildung, bei der praxisbegleitende und theoretische Module sich in einer schwerpunktmäßig praxisorientierten Ausbildung verschränken.

Hierzu bietet sich für den HD die Teilnahme am Fernstudienangebot der Humboldt-Universität in Berlin an.

HMWK-Erlass: Der organisatorische Rahmen für die Weiterführung der Ausbildung für den höheren Bibliotheksdienst soll durch eine Geschäftsstelle für Aus- und Fortbildung der hessischen Bibliotheken beim Hessischen Zentralkatalog gebildet werden.

GD: 23 Teilnehmer  
HD: 10 Teilnehmer

## 2003

Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den HD an wissenschaftlichen Bibliotheken im Lande Hessen.

Das HMWK tritt in Prioritätenumkehr bisheriger bibliothekarischer Absichten für eine Abordnung der hessischen Bibliotheksreferendare zur theoretischen Ausbildung an die Bayerische Bibliotheksschule in München ein. Falls sich diese nicht verwirklichen lässt, ist der Abschluss eines Verwaltungsabkommens des Landes Hessen mit der Humboldt-Universität (Land Berlin) über die Referendarausbildung geplant.

Ende Juli 2003: Auszug der Bibliotheksschule aus dem Solmshaus, Ohmstraße 48.

16. – 18. 09.2003: Letzte mündliche GD-Prüfung

22. - 24. 09. 2003: Letzte mündliche HD-Prüfung

30. 09. 2003: Ende der theoretischen bibliothekarischen Ausbildung in Frankfurt am Main.

Es sind 6 hauptamtliche Lehrkräfte, 3 Stellen für Verwaltung und Labore sowie 29 Lehrbeauftragte vorhanden.

GD: 23 Teilnehmer

HD: 19 Teilnehmer

Quelle, Literatur (in Auswahl):

Jahresberichte der Stadt- und Universitätsbibliothek, Senckenbergische Bibliothek, Frankfurt am Main

50 Jahre Bibliotheksschule Frankfurt am Main: Fachhochschule für Bibliothekswesen; eine Chronik. Erstellt im Rahmen einer Projektarbeit von Franz Fischer (Projektbetreuer), Katrin Bender, Meike Fitting, Stefanie Gerlach ... – Frankfurt am Main, 1996

21. Juni 2003

Franz Fischer